



## 126. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen und Sitzung der Deutschen Delegation mit EU-Kommissar Günther Oettinger

*Themen der Plenarsitzung waren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, Auswirkungen des Brexits, Debatte zur Wettbewerbspolitik und das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2018*

Der Ausschuss der Regionen (AdR) tagte vom 30. November bis zum 1. Dezember 2017 in Brüssel.

Zur vorgelagerten Sitzung der Deutschen Delegation im AdR war EU-Kommissar Günther Oettinger zu Gast. Er führte zur Zukunft des EU-Haushalts und der Kohäsionspolitik aus. Seinen Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen werde er im Frühjahr 2018 vorlegen. Er hoffe dann auf zügige Verhandlungen und Ergebnisse noch vor der Europawahl. Die deutschen Länder und der AdR sollten sich weiterhin engagiert zeigen und ihre Zielvorstellungen klar zum Ausdruck bringen. Im Anschluss erfolgte ein Austausch mit den Delegationsmitgliedern zu einzelnen Aspekten der zukünftigen Finanzplanung.

Auf der Plenarsitzung des AdR wurden schwerpunktmäßig folgende Themen behandelt: Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, Auswirkungen des Brexits, die EU-Wettbewerbspolitik und das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2018.

Zum Thema der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) war der EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten Pierre Moscovici als Gast geladen. In seinen Ausführungen unterstrich er, dass eine Weiterentwicklung der WWU unumgänglich sei. Zur Stabilisierung seien z.B. eine europäische Arbeitslosenrückversicherungsregelung und ein Instrument, mit dem öffentliche Investitionen im Falle einer staatlichen Haushaltskrise weitergeführt werden könnten, hilfreich. Finanzielle Anreize für Reformen in den Mitgliedstaaten sollten auf EU-Ebene geschaffen werden. Zu erwägen sei eine Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in das EU-Finanzgefüge im engeren Sinne und auch eine Haushaltszeile für die Eurozone im EU-Haushalt. Hinsichtlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts sei eine flexible Anwendung

notwendig. Institutionell solle darüber nachgedacht werden, die Funktion des für die Währungsunion zuständigen Kommissionsmitglieds mit dem Vorsitz der Eurogruppe zu verschmelzen. Im Moment arbeite die EU-Kommission an einer Konkretisierung dieser Optionen für den Europäischen Rat Mitte Dezember. Im Anschluss befasste sich der AdR mit einer Initiativstellungnahme des französischen Berichterstatters Christophe Rouillon (SPE) zum Reflexionspapier der EU-Kommission zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vom Mai 2017. In dieser Stellungnahme werden die oben genannten Reformansätze fast durchweg begrüßt. Gefordert werden darüber hinaus die Einführung neuer Eigenmittel sowie die Schaffung einer vom EU-Haushalt unabhängigen Fiskalkapazität für die Eurozone. Insbesondere die deutschen EVP-Mitglieder hatten eine zu enge Festlegung in diesem Zusammenhang verhindern wollen, wurden letztendlich aber überstimmt.

Zu den voraussichtlichen Auswirkungen des Brexits auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erfolgte eine längere und rege Debatte unter den AdR-Mitgliedern. Dabei dominierten Beiträge von AdR-Mitgliedern aus Regionen nahe der irisch-britischen Grenze. Sie forderten die Brexit-Verhandlungsführer auf, keine Vereinbarungen zu treffen, die eine neue Grenze zur Folge hätten. AdR-Mitglieder aus Spanien, Portugal, Polen und dem Vereinigten Königreich forderten insbesondere, dass die Freizügigkeit für die Staatsangehörigen weitestgehend bestehen bleiben sollte.

Schließlich führte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager als Gast zu verschiedenen Aspekten der EU-Wettbewerbspolitik, insbesondere zu staatlichen Beihilfen, aus. Die EU-Kommissarin verwies darauf, dass nur 5% aller Beihilfemaßnahmen überhaupt noch von der EU-Kommission genehmigt werden müssten. Gerade den regionalen und lokalen

# Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Gebietskörperschaften habe man mehr Spielraum eingeräumt. Beispielsweise unterlägen Sport- und Kulturstätten nicht mehr der Beihilfeaufsicht. Der Anwendungsbereich der Gruppenfreistellungsverordnung sei insbesondere um Häfen und Flughäfen erweitert worden. Es zeigte sich in der nachfolgenden Aussprache, dass einige Mitglieder den Regelungsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach wie vor für zu komplex halten. Der AdR beschloss danach eine Initiativstellungnahme zum Bericht der EU-Kommission über die Wettbewerbspolitik 2016 des irischen Berichterstatters Michael Murphy (EVP).

Ergänzend ist auch die von den Fraktionen der EVP, SPE, ALDE und EA gemeinsam eingebrachte Entschließung „Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2018 im Vorfeld der Gemeinsamen Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für 2018“ zu erwähnen. Durch Annahme dieser als Dringlichkeitsantrag eingebrachten Entschließung legt der AdR seine Positionen zu einer Vielzahl von EU-Politiken dar, noch bevor die Präsidenten der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rats die genannte Erklärung annehmen. Generell wird eine starke Beteiligung des AdR für die Vorhaben des nächsten Jahres eingefordert.

Inhaltlich hat sich der AdR darüber hinaus mit einer Vielzahl anderer Themen befasst und u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Umsetzung der makroregionalen Strategien
- Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige
- Der Beitrag der energetischen Verwertung von Abfällen zur Kreislaufwirtschaft
- Bericht über die Unionsbürgerschaft 2017
- Modernisierung der Schul- und Hochschulbildung
- Förderung von Innovationen im öffentlichen Sektor durch digitale Lösungen: die lokale und regionale Perspektive
- Deinstitutionalisierung von Fürsorgesystemen auf lokaler und regionaler Ebene
- Aktionsplan für eine Meeresstrategie für den Atlantik – Schaffung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums
- Revitalisierung ländlicher Gebiete durch digitale Dörfer
- Rechtsakte, in denen auf das Regelungsverfahren mit Kontrolle Bezug genommen wird
- Für eine europäische Agenda für den Wohnungsbau

---

Weiterführende Informationen:

<http://cor.europa.eu/de/events/Pages/126th-CoR-plenary-session.aspx>

[https://ec.europa.eu/commission/publications/reflection-paper-deepening-economic-and-monetary-union\\_de](https://ec.europa.eu/commission/publications/reflection-paper-deepening-economic-and-monetary-union_de)